

Halleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 444.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Wittwoch, 22. September 1909.

Belegpreis für Halle u. Borsdorf 2,50 M., für die übrigen Bezirke 3 M. für das Vierteljahr. Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Druck- und Verlagsanstalt: Halleische Druck- und Verlagsanstalt (vormals G. Neumann), Halle a. S.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Reklamations-Telefon 1272. Eing. Nr. 184/1909. Geschäftsleiter: Dr. Walter Schwelbgen in Halle a. S.

Abgabegebühren f. d. Postbezirke Halle und Borsdorf 1 M., für die übrigen Bezirke 1,50 M., für den Auslandsende 2 M. — Postamt in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Berlin: Poststraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Der deutsche Reichskanzler über seinen Besuch in Wien.

Ein Vertreter des Wiener Fremdenblattes wurde am Dienstag vormittag vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg empfangen, der sich wie folgt äußerte: „Es ist vor allem von hohem Wert für mich gewesen, mich mit dem Grafen Lehrenthal habe ich lange und eingehend alle lebendigen Fragen erörtert. Bei dieser freundschaftlichen und sachlichen Besprechung ergab sich die volle Uebereinstimmung der Ansichten, die ich bei der gemeinsamen Grundlage unserer Politik erwartet hatte. Für die Politik, die für Deutschland zu machen ich beabsichtige bin, wird mir diese Unterredung mit dem Grafen Lehrenthal und die gemeinschaftliche vertrauensvolle Beurteilung der Situation, wie wir festgesetzt haben, eine wertvolle Unterstützung sein.“ Auf eine weitere Frage erwiderte der Kanzler: „Das Wichtigste ist das feste Zusammenstehen der beiden verbündeten Staaten gewesen. Der letzte Winter hat das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich in beiden Staaten noch populärer gemacht, als es war. Die Erprobung des Bündnisses hat auch noch außen die größte Wirkung getan.“ Seine Unterredung mit Herrn Sawatski, meinte der Kanzler, als der Besatzer sie erwünschte, sei, als der russische Minister durch Berlin reiste, von sehr herbeigeführt worden. Er habe mit Sawatski auch über die Politik gesprochen, jedoch seien die Kombinationen, die an dieses Verhältnis geknüpft worden seien, haltlos. Der Kanzler schloß mit der Versicherung, den angenehmsten Eindruck in Wien erhalten zu haben.

In wiederholten Unterredungen haben Graf Lehrenthal und v. Bethmann Hollweg sich über die Fragen ausgesprochen, die für die auswärtige Politik der beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche den Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit bilden. Daß das Verhältnis beider Staaten zueinander und zu Italien weiter wie bisher die unverrückbare Grundlage ihrer europäischen Politik darstellt, bedürfe keiner Erwähnung. Dabei wurde festgestellt, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn betriebl. den Status quo im näheren Orient aufrecht zu erhalten, und daß sie von dem neuen Regime in Konstantinopel eine dauernde Konsolidierung erwünschten. Für beide Regierungen bestehen die Gründe fort, aus denen sie gegenüber der treulichen Frage und der Krisis im hellenischen Königreich unter bundesfreundlicher Würdigung der allgemeinen Balkan-Verhältnisse die Aufrechterhaltung bestehender Staatsmänner konnten in die Auffassung zum Ausdruck bringen, daß sich die Beziehungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu allen Mächten in normaler und freundschaftlicher Weise entwickeln. Nachdem an keiner Stelle diese nötige Eintracht unter den Mächten bedroht erscheint, haben Herr v. Bethmann Hollweg und Graf Lehrenthal allen Grund, vor der weiteren Gestaltung zuversichtlich entgegenzublicken.

Beim deutschen Vorkonzern in Wien von Thirlich und Gemahl fand Dienstag mittag auf der deutschen Botschaft ein Frühstück statt, an welchem der deutsche Reichskanzler mit dem Grafen von Hlow und dem persönlichen Adjutanten Hauptmann von Schwarzkopf sowie die Herren der Botschaft teilnahmen. Nach dem Dejeuner feierte Herr v. Bethmann Hollweg in das Hotel zurück. Einige Minuten vor 4 Uhr empfing der Kanzler den Besuch des Grafen von Lehrenthal. Nach einer überaus herzlichen Begrüßung konfertierte die beiden Staatsmänner neuerdings bis 1/2 Uhr abends. Abends gab Graf Lehrenthal zu Ehren des Reichskanzlers ein Dinner. Graf v. Bethmann Hollweg verließ Wien vormittag 10 Uhr und begibt sich auf Einladung des Prinzregenten von Bayern auf einige Tage zur Jagd in eines der bayerischen Hofjagdreviere.

Der Kaiser von Oesterreich verlieh dem Reichskanzler das Großkreuz des St. Stephansordens und überreichte ihm diese Auszeichnung persönlich.

Arbeiter als Gewerbeaufsichtsbeamte.

Wiederholt schon ist von den linksstehenden Parteien die Abordnung von Arbeitern in die Gewerbeaufsichtsämter als ein Mittel zur Bekämpfung der abnehmenden Haltung der Konventionen und eines Teiles der Liberalen überwinden zu können. Die ersten Bedenken, welche man auf konservativer Seite hat, sind folgende: Wo man auch die ehemaligen Arbeiter beauftragt, immer wird ihnen nur ein beschränkter und nicht leicht zu begrenzender Teil des Geschäftsbereiches eines Gewerbeaufsichtsbeamten überwiegen werden können. Besondere Schwierigkeiten würde die Abordnung solcher Beamten bereiten; selbst wenn man Persönlichkeiten finden würde, die ihr Amt mit Kalt, Objektivität, Verschwiegenheit und Uneigennützigkeit, ohne unangenehme Bemerkung ihrer Amtsbüro, auszuführen, so ergeben sich doch auf politischem Gebiete kaum überwindbare Schwierigkeiten.

Die Zugehörigkeit eines Arbeiters zur Sozialdemokratie ist, solange diese die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung bekämpft, mit den Pflichten eines preussischen Staatsbeamten unvereinbar. Schließt man sie aber offensichtlich und grundsätzlich aus, so würden die neuen Beamten bei einem großen Teil der Arbeiter weniger Vertrauen genießen als die akademisch gebildeten Aufsichtsbeamten, wenn nicht gar mannigfachen Belastungen und Gefahren ausgesetzt sein. Ferner würden durch die Entlassung solcher Hilfsbeamten aus dem Arbeiterstande die Kräfte der Gewerbeinspektoren mit neuen Geschäften erheblich in Anspruch genommen und dem eigenen Revisionsdienst entzogen werden, ganz abgesehen noch von dem Entfallen erheblicher Mehrkosten. Ob durch derartige Maßnahmen die Masse der Arbeiter beruhigt und vorzüglich beeinflusst werden würde, steht ebenfalls sehr in Frage. Bei der heute noch in großem Umfang bestehenden Spannung zwischen den Verbänden der Arbeiter und denen der Unternehmer ist kaum zu erwarten, daß Gewerbeaufsichtsbeamte aus dem Arbeiterstande bei den Arbeitgebern das Maß von Vertrauen finden würden, ohne daß eine gedeihliche Handhabung des Gewerbeaufsichtsdienstes eben nicht möglich ist.

Spanien und Marokko.

Der spanische Ministerpräsident Maura erklärte die Protestnote des Sultans von Marokko habe keine Bedeutung angesichts der Tatsache, die Spanien veranlassen, so vorzugehen, wie es tue. Er sei der Ansicht, daß es sich lediglich um einen bedeutungslosen Vorgang handle. Der japanische Gesandte in Tanger forderte von El Guebbas, daß er die Protestnote über die Ereignisse im Rif zurückziehe. El Guebbas antwortete, es sei unmöglich, den ausrichtlichen Befehlen des Sultans nicht zu gehorchen, es sei aber möglich, noch nach dem Zurückziehen der Note von dem Mächten eine Abänderung des Textes zu erlangen. In Beziehung der Note schreibt der Madrider „Imparcial“, es sei dem Sultan augenblicklich nur darum zu tun, einer künftigen finanziellen Verantwortlichkeit vorzugeben; das Joch deutlich hervor aus der Mitternacht, die alles im Dunkel lasse, was einen Protest gegen den Einmarsch bedeuten könnte. Jedenfalls aber eröffne diese Note eine Periode von großem Interesse; die Mächte würden, so geschäft ihre Diplomatie sein möge, ihre Absichten gegenüber Spanien nicht verbergen können. Trotzdem dürfe man in diesem Punkte ruhig sein, denn die Regierung habe wiederholt erklärt, daß sie die Mächte über alle ihre Schritte im Hinblick auf dem Laufenden erhalten habe und fortfahre, sie auf dem Laufenden zu erhalten.

Wie aus Melilla unter dem 20. er. amtlich gemeldet wird, bemächtigte sich abends eine in westlicher Richtung vorgehende spanische Kolonne der Orte Zate und Taderet. Der Kampf brachte dem Feind, der in großer Zahl auftrat, schwere Verluste. Die Spanier erlitten nur noch folgende amtliche Ausstellungen über den Kampf: Die spanische Kolonne teilte sich bei ihrem Vorgehen in zwei Abteilungen. Die erste befehete im Laufe des Vormittags Zate, die zweite Taderet, ohne Widerstand zu finden. Vom linken Flügel dieser zweiten Abteilung wurden vier Bataillone zur Befestigung der benachbarten Höhen vorgeführt. Die Befestigung gelang auch nach kurzem Kampf, doch bald griffen Räubler in großer Zahl die Höhen besitzig an, und erst nach Eintreffen von Gebirgsartillerie und Kavallerie, die mehrere Attacken ritt, wurden sie unter großen Verlusten zurückgeworfen. Die Infanterie behauptete während des ganzen Tages ihre vorgedachten Stellungen und gewann in der Nacht noch einige weitere als Stützpunkte ausserhalb der Punkte.

General Marina hat eine Brigade zur Verklärung der Kolonne von Melilla aus abgeleitet. Auf spanischer Seite sollen in diesen Kämpfen zwei Offiziere gefallen und zwölf verwundet worden sein, sieben Mann sollen tot oder vermißt sein.

Deutsches Reich.

Vom Kriegsminister. Dem „Reichsanzeiger“ zufolge ernannte der Kaiser den Kriegsminister General der Infanterie von Heering zum Bevollmächtigten zum Bundesrat.
Staatssekretär v. Sagen ist vom Urlaub zurückgekehrt und übernimmt seine Amtsgeschäfte wieder.
Militärisches. Der König von Sachsen hat dem Kommandierenden General des 19. Armee-Korps, General v. Kirchbach, den Goldenen Stern zum Großkreuz des Albrechtsordens und Schwertern am Ring verliehen. Herzog Karl Eduard von Sachsen-Rohrbach, Oberst à la suite des 1. Sufaren-Regiments König Albert 1. Nr. 18, wurde zum Generalmajor befördert. Erbprinz Bernhard von Sachsen-Weimaringen und Hildburghausen, Generaloberst, wurde mit dem Rang als Generalleutnant à la suite des 1. Leibgrenadier-Regiments Nr. 100 gestellt.
In Ehren der Offiziere des auf der Fahrt zur Subventionen-Festung von Kempten (Bayern) eingetroffenen deutschen Geschwaders wurde eine Meise von Festlich-

keiten veranstaltet, die am Dienstag ein glänzender, von der Marinekapelle geleiteter Ball besaß.

Zum Bürgermeister von Szwofomund wurde von Herrn Dr. Küll, der hierzu vom Gemeinderat dieser Stadt bevollmächtigt worden war, der Magistrat Dr. Köhler in Anwesenheit der königlichen Staatsanwaltschaft, die mit 9000 M. Gehalt und freier Dienstwohnung ausgeschieden war, hatten sich 64 Wähler gemeldet.

Eisenbahngeneraldirektion? Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die von einigen süddeutschen Wätern gebrachte Mitteilung, wonach beabsichtigt sein soll, die Rechte mehrerer preussischer Eisenbahndirektionen zu einer Generaldirektion zu vereinigen und aus diesem Anlaß die königliche preussische und großherzoglich hessische Eisenbahndirektion in Mainz aufzugeben und ihre Strecken mit denen der königlichen Eisenbahndirektion in Frankfurt a. Main zu vereinigen, entbehrt jeglicher Begründung. Uebrigens würde eine solche Maßregel, wenn sie preussischerseits überhaupt beabsichtigt wäre, nach Artikel 13 des zwischen Preußen und Hessen über die gemeinschaftliche Güter des besterhaltenen Eisenbahnsystems abgeschlossenen Staatsvertrages vom 23. Juni 1896 ohne die Zustimmung beider nicht durchführbar sein.

Generaldirektion an den Seminar-Präparandenanstalten. Ueber wichtige Änderungen in den Gehaltsbezügen der Lehrer an den Seminar-Präparandenanstalten erfahren wir folgendes: Aus Anlaß der durch das Lehrerbeförderungsgesetz in Aussicht genommenen Gehaltsbesserungen war von der Unterrichtsverwaltung erwogen worden, auch die Bezüge der Lehrer an den nicht-landständigen Seminar-Präparandenanstalten entsprechend aufzubehalten. In der Unterrichtscommission des Landtages wurde daher von dem Regierungsrat der Ansicht fundgegeben, eine Gleichstellung der Gehaltsbezüge dieser Lehrer mit denen an den landständigen Anstalten wenigstens für die ersten neun Dienstjahre herbeizuführen. Diese Ansicht ist nunmehr verwirklicht worden. Aus dem zu diesem Zweck durch den Staatskanzlei beschafften zur Verfügung gestellten Fonds von 50 000 M. werden die betreffenden Lehrer jetzt für das Jahr 1909 die Aufbesserungen nachgezahlt erhalten. Außerdem sind ihnen jeden eingegangenen Erlös des Kultusministeriums verschiedenen Pensionen der beteiligten Lehrer und wiederholten Wünschen des Landtages Rechnung getragen worden, indem verfügt ist, daß die Gehaltsbezüge der Seminarlehrer ab dem 1. April 1908 angestiegen sein sollen, was die Beförderungsdirektion in Anrechnung gebracht werden.

Zum Jünderwaren- und Leuchtmittelsteuergesetz. Die Verhandlungen in der luxemburgischen Kammer über den Entwurf des Jünderwarensteuer- und des Leuchtmittelsteuergesetzes gelangen entgegen anderen Meldungen in diesen Tagen zum Abschluß. Ob auf Grund dieser Gesetze ein Steuerabkommen mit dem Deutschen Reich geschlossen werden kann, hängt davon ab, daß sie inhaltlich mit den entsprechenden deutschen Reichsgesetzen übereinstimmen. Zu einem Meinungsaustrausch hat vor allem ein Antrag Veranlassung, wonach in Luxemburg Jünderwarenfabriken neu errichtet werden dürfen, welche dem in § 3 des deutschen Jünderwarensteuergesetzes vorgesehenen Steuerzuschlag von 20 Proz. nicht unterliegen. Die deutschen Jünderwarenfabriken sind nach dem Gesetz in einer der Provinzen der deutschen Reichsindustrie eine Konkurrenz auf ungleichem Boden bereiten würden. Eine Schutzgrenze zwischen Luxemburg und Deutschland wäre demnach bei Annahme des Antrages wohl nicht zu umgehen, sie würde hier einschneidender wirken als bei Gegenständen der großen Verbrauchsgüter, weil eine Kontrolle des Eingangs von Jünderwaren nicht ohne Beachtung des gesamten Güter- und Reiseverkehrs durchzuführen sei. Dieser Gesichtspunkt ist bei den noch schwebenden Verhandlungen deutscherseits beifolgt.

Das Branntweinsteuergesetz vor der luxemburgischen Kammer. Die luxemburgische Kammer hat am Dienstag eine dem deutschen Branntweinsteuergesetz entsprechende Vorlage endgültig angenommen.

In dem Disziplinärprozess Schilling dauerte die Verurteilung der infamierenden Straftat des Angeklagten bis 6 Uhr am Dienstag abend. Abhandlung wurde die Verhandlung auf heute, Mittwoch, vormittag 9 Uhr vertagt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der am 21. er. wieder zusammengetretene Landtag des Königreichs Böhmen unterbreitete der Regierung fünf Vorlagen, durch welche die Voraussetzungen für eine Beilegung des nationalen Konfliktes in Böhmen geschaffen werden sollen. Zunächst wird sich der Landtag mit der Abänderung der Landesordnung zu beschäftigen haben, welche die Konstituierung des Landesauschusses ermöglichen soll. Die vier anderen Vorlagen betreffen die Einführung einer neuen Landtagswahlordnung, die Regelung des Sprachgebrauchs bei den autonomen Behörden und die Verdringung von Aristokraten. Die Zahl der Mandate soll erhöht werden und 43 Mandate sollen der allgemeinen Wählerklasse zufallen, um einerseits das Kräfteverhältnis zwischen den Vertretern von Handel, Industrie und Gewerbe und den Vertretern der Landwirtschaft auszugleichen, andererseits den breiten Schichten der Bevölkerung die Teilnahme an der Gesetzgebung und der Verwaltung des Landes zu gewähren. Ferner soll die neue Landtagswahlordnung ferner nationale Abgrenzung der Wahlfreie Regelung tragen, wie sie fernerzeitig unter der Zustimmung der Parteien in der Wahlordnung vom Reichsrat durchgeführt

Die Rubrik in Kursverzeichnissen über die Zinnsätze von ...

Berliner Bourse, 21. Sept. 1909

Bezugsanweisung: 1. Fr. Lira, Lira, Peseta, ...

Table with multiple columns listing various stocks and bonds, including 'Deutsche Pfandbriefe', 'Rheinische Pfandbriefe', and 'Preussische Pfandbriefe'.

Table with multiple columns listing various stocks and bonds, including 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Geldmarkt'.

Table with multiple columns listing various stocks and bonds, including 'Geldmarkt', 'Wechsel', and 'Fremdwährungen'.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

